

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Freitag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Gesellsch. Balle: Delgrube Nr. 6.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 92.

Mittwoch den 10. Mai.

1893.

Die Spaltung der deutschfreisinnigen Fraktion.

Die unmittelbare Ursache der am Sonnabend erfolgten Spaltung ist viel weniger in einer verschiedenartigen Auffassung der Militärvorlage zu suchen, als in einer verschiedenartigen Auffassung über das Maas von Freiheit, welches dem einzelnen Fraktionsmitgliede in Fragen eingeräumt ist, die mit dem Parteiprogramm nichts zu thun haben und freisinnige Grundgründe nicht direkt berühren. Wie hoch die Friedenspräsenzstärke der Armee zu bemessen ist, darüber können die Meinungen zweier Politiker, die durch und durch freisinnig sind, sehr wohl auseinandergehen. Auch in den Reihen der 22 Fraktionsmitglieder, die den von 27 anderen Mitgliedern verlangten Ausschluß der bei der Abkündigung über den Antrag Huene dissentirenden 6 Collegen abgelehnt haben, bestand über diese Quantitätsfrage keine festgelegte Meinung, die sich mit der Anschauung jener 6 Herren deckte. Vielmehr gab es unter den 22 eine nicht geringe Anzahl, die den Huene'schen Vorschlag selbst dann für unannehmbar erachtete, wenn die zweijährige Dienstzeit ohne Zeitbeschränkung gesetzlich festgelegt wäre. Ein anderer Theil wiederum hätte in legitem Falle dem Huene'schen Compromiß betreffs der Heresvermehrung zugestimmt, um eine Auflösung zu vermeiden, die nach Lage der Dinge einer gefundenen politischen Entwicklung jedenfalls nachtheilig sein muß. Diese Verschiedenartigkeit der Beurtheilung wird die neue freisinnige Gruppe nicht hindern, in der Frage der Heresvermehrung einen klaren Standpunkt gegenüber den Wählern einzunehmen. Dieser Standpunkt kann nur der sein: Wir lehnen es ab, im Voraus genau die Grenze zu bezeichnen, bis wohin wir bei unseren Bewilligungen gehen werden. Wer uns wählt, muß uns auch das Vertrauen schenken, daß wir bei einer Quantitätsfrage, die nur im Rahmen der gesammten politischen und internationalen Lage, nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Vorschläge über die Art der Dedung und endlich mit Rücksicht auf die größere oder geringere Siderung der zweijährigen Dienstzeit rationell beantwortet werden kann, diejenigen Entschlüsse fassen werden, die im gegebenen Moment von einem besonnenen freisinnigen Politiker verantwortet werden können. Von diesem Standpunkt aus erscheint es ebenso ungerechtfertigt, sich auf die strikte Innehaltung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke zu verpflichten, wie auf den Antrag Huene oder auf etwas Drittes. Jede Forderung, die in solchen Quantitätsfragen die Freiheit der Entschlüsse auf Jahre hinaus festlegen will, ist vom Uebel. Wer zu einem Candidaten das Vertrauen hat, daß er in allen politischen Prinzipienfragen sein Mandat in freisinnigem Geiste ausüben wird, der muß auch das Vertrauen auf jenes andere Gebiet ausdehnen.

Vorläufig — bis zur endgültigen Constatuirung nach den Reichstagswahlen — nimmt der eine Theil der bisherigen freisinnigen Partei (Bamberger und Gen.) den Namen „Freisinnige Vereinigung“, der andere Theil den Namen „Freisinnige Volkspartei“ an. Der Name „Freisinnige Vereinigung“ enthält zugleich eine historische Anknüpfung an die „Liberaler Vereinigung“ aus der Zeit von 1880—1884. Ob die von der früheren Fortschrittspartei gewählte Bezeichnung „Freisinnige Volkspartei“ der erste Schritt zu einer Verschmelzung mit der süddeutschen Volkspartei (demokratische Partei) bedeutet, bleibt abzuwarten. In diesem Falle würde allerdings eine erhebliche Umgestaltung des deutschen freisinnigen Programms von 1884 unvermeidlich sein.

Zu den letzten Verhandlungen über die Militärvorlage.

Obgleich die unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags stattgehabten Compromißverhandlungen nur noch historischen Werth haben, steht sich

die „Nordd. Allg. Ztg.“ veranlaßt, Aufschluß darüber zu geben, weshalb der Reichskanzler den Vorschlag des Herrn Dr. Barth, in den Antrag Huene eine endgültige gesetzliche Festsetzung der zweijährigen Dienstzeit aufzunehmen, abgelehnt habe. „Der Reichskanzler“, führt das Blatt aus, konnte auf diesen Vorschlag nicht eingehen, weil die verbündeten Regierungen damit ein werthvolles Recht aus der Hand gegeben, andererseits aber seine Sicherheit dafür erhalten hätten, daß ihnen nach fünf Jahren diejenigen Compensationen, ohne welche ihrer Ueberzeugung nach die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine schwere Schädigung der Armee bedeuten würde, fortgewährt werden würden. Niemand kann wissen, wie ein Reichstag in jener Zeit zusammengesetzt sein und wie er dann denken wird. Der Reichskanzler würde also nicht in der Lage gewesen sein, einen solchen Vorschlag bei Sr. Majestät dem Kaiser zu befürworten, er würde ihn auch seiner eigenen Ueberzeugung nach nicht haben vertreten können.“ Anscheinend soll damit die Nachricht zurückgewiesen werden, der Reichskanzler habe den Vorschlag Barth in Folge des Einspruchs des Kaisers abgelehnt. Die „Norddeutsche“ führt dann weiter aus, der Antrag Carolath, die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen über die fünf Jahre hinaus so lange festzulegen, als die jetzt festzusetzende Friedenspräsenzstärke nicht herabgesetzt würde, sei vom Standpunkt der verbündeten Regierungen aus wohl diskutabel gewesen; es sei aber zweifellos gewesen, daß auf eine hinreichende Zahl von Stimmen aus dem Centrum und der freisinnigen Partei nicht zu rechnen gewesen sei und es sei auch zweifelhaft geblieben, ob die konservativere Partei geschlossen für den Antrag eingetreten wäre.

Politische Uebersicht.

Zu böhmischen Landtage wies am Sonnabend der österreichische Statthalter sehr energisch einige auf die künftige Haltung der Jungtschechen bezügliche Drohungen des Jungtschechen Janca zurück. Die ganze böhmische Geschichte beweise, daß die Bevölkerung Böhmens treu und loyal an der Monarchie hänge und dem Monarchen ergeben sei. (Lebhafte Beifall.) Der Weg, welchen die Jungtschechen betreten, führe das Volk in große Gefahren, von deren Umfang sie selbst keine Ahnung hätten. Das Volk werde ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Die Jungtschechen kämpten gegen alle Parteien und bekämpften die einer anderen Nation angehörenden Brüder unter Berufung darauf, daß sie die primäre Bevölkerung Böhmens wären. Sie wollten daraus einen Vorrang ihrer Ansprüche in Böhmen herleiten, doch handele es sich nicht darum, wer früher hier war, sondern darum, daß beide Völker hier im Lande seien und neben und miteinander leben sollen. Die Jungtschechen seien überall isolirt. (Lebhafte Beifall.)

Eine Auflösung der französischen Kammer scheint jetzt in der That im Werke zu sein. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen einige Deputirte einen Antrag auf Auflösung der Kammer einzubringen. Der Plan soll von dem Ministerium selbst ausgehen, und besonders Carnot soll ihm zustimmen. Die Neuwahlen sind für Mitte Juni in Aussicht genommen. Wogegen soll sein die Besorgnis, daß im Falle eines Kabinetstuzes Confians der einzig mögliche Ministerpräsident sei. Man wolle im Elysee eine solche Eventualität durch Auflösung der Kammer vermeiden. — Im französischen Budget für 1894 übersteigen nach dem Vorschläge die Ausgaben die Einnahmen um 131 Mill., von denen 77 auf die Steigerung der Zinsgarantie für die Eisenbahnen entfallen. Das Defizit soll zum größten Theile durch Ersparnisse, durch die außerordentlichen Einnahmen und durch eine Umfiktation der Schulassen und der Kasse der Wagnahnen gedeckt werden; es würde alldann noch ein Fehlbetrag von etwa 10 Millionen verbleiben, dessen Dedung ebenfalls durch Ersparnisse erfolgen soll. Der belgische Kriegsminister Pontus hat

demissionirt und an seiner Stelle ist der Generalleutnant Brassine zum Kriegsminister ernannt worden.

Der König von Italien hat dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti aus Anlaß der Kundgebungen zur silbernen Hochzeit des italienischen Königepaares folgendes Dankschreiben zugehen lassen: „Mein lieber Giolitti! Der 25. Jahrestag meiner Vermählung hat Italien Gelegenheit geboten, meinem Haupte eine neue großartige Kundgebung der Anhänglichkeit an dasselbe zu geben. Die Königin und ich sind davon auf das Tiefste bewegt; unsere Freude wurde noch gehoben durch den edlen Wettstreit in Werken der Wohlthätigkeit, mit welchem das Land sich an unserem Familienfeste betheiligte hat und durch die erklecklichen Ehrenbezeugungen, welche es unsren erlauchteren Gästen und den außerordentlichen Gesandten der auswärtigen Mächte erwiesen hat, indem es auf diese Weise einen Beweis für die volle Einmütigkeit der Italiener hinsichtlich des Gefühls für vaterländische Wohlthätigkeit lieferte! Ich wünsche, daß die Nation wisse, daß ich er freut und stolz bin über alles, was das italienische Volk und seine Regierung in diesen Tagen gethan haben zu dem löblichen Zwecke, die Nation zu ehren. Ich mache Sie zum Dolmetsch meiner Gefühle dem Lande und besonders Rom gegenüber, welches sich auf der Höhe seiner Traditionen und seiner neuen Bestimmungen gezeigt hat.“

Das norwegische Storting hat am Sonnabend nach zweitägiger Debatte ein Vertrauensvotum für das bisherige Ministerium der Linken, Steen, mit 64 gegen 50 Stimmen, und gleichzeitig ein Tabesvotum gegen das neuernannte Ministerium der Rechten, Stang, mit 63 gegen 51 Stimmen angenommen. Die Minorität bei der letzteren Abstimmung bestand aus der Rechten, den Moderaten und einem Mitglied der Linken. Man darf gespannt sein, in welcher Weise das Ministerium nunmehr im Gegenatz zum Storting die Geschäfte zu führen gedenkt. — Das Storting nahm in seiner Montagssitzung mit 63 gegen 50 Stimmen den von 10 Mitgliedern der Linken eingebrachten Antrag an, als nationale Anerkennung für den Staatsminister Steen einen Ehrensold von 6000 Kronen jährlich zu bewilligen.

Zwischen Argentinien und Uruguay wird nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Valparaiso der Ausbruch eines Conflicts befürchtet. Es wird im Ernstfalle Kriegsschiffe zur Beobachtung nach der atlantischen Küste entsenden.

In Nicaragua ist nach Meldungen aus Panama eine Revolution ausgedroht. Expräsident Zavala ist der Führer der Insurgenten und hält die Stadt Granada besetzt.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Oestern Vormittag nahm der Kaiser die regelmäßigen Marinevorträge entgegen. Am Nachmittag hielt der Kaiser im Fortfrieder von Ober-Finow eine Bidsche auf Reßhöbe ab. — Der „Kieler Ztg.“ zufolge hatte der Kaiser seinen Flügeladjutanten, Kapit. z. S. v. Arnim, mit seiner Vertretung bei der gestrigen Verdrigung der auf dem Kieler Kriegshafen verunglückten Schiffungen beauftragt und befohlen, einen Kranz am Grabe niederzuliegen. — Einer nach Kassel gelangten Mitteilung zufolge werden die kaiserlichen Prinzen am 25. Juni auf Wilhelmshöhe eintreffen.

(Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe) ist Montag Nachmittag 5 Uhr 30 Minuten nach längerer Krankheit verschieden. Der Fürst hand am Ende des 76. Lebensjahres. Sein ältester Sohn Georg steht im Alter von 46 Jahren. Der fünfte Sohn des Fürsten, Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe, ist bekanntlich mit der Schwester des Kaisers, Prinzess Victoria, vermählt.

— Graf Bernhardt v. Bismarck, der älteste Bruder des Fürsten Bismarck, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Der Verstorbene hatte 1847 dem

vereinigen Landtage, dann 1851—1852 und später von der XI. bis XVI. Legislaturperiode dem Abgeordnetenhaus als Mitglied der konservativen Partei für den Wahlkreis Naugard-Regenwalde angehört. Seit 1888 hatte er sich vom parlamentarischen Leben zurückgezogen.

(Mit der Führung des Gardecorps) beauftragt ist jetzt an Stelle des Generals der Infanterie Fehr. v. Meerfeldt-Hüllessem der bisherige Commandeur der 20. Division, Generaladjutant und Generalleutnant v. Winterfeld. Derselbe ist viele Jahre Flügeladjutant Kaiser Wilhelms I. gewesen und gehörte auch zu den Generaladjutanten des Kaisers Friedrich.

(Gegen die Auflösung des Reichstags) haben im Bundesrat die Regierungen von Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ältere Linie gestimmt, mit der Motivierung, daß sie gegen den Verzicht auf die dreißigjährige Dienstzeit seien. Das war eine That!

(Zum Scheitern der Militärvorlage.) Einen etwas sommerschmerzhaften Eindruck macht es, wenn die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: „Der Regierung gebührt das Zeugnis, daß sie in der Verhandlung der Militärvorlage einer Selbstverleugung, einer Langmuth und Ausgleichsbegehrigkeit Raum gegeben, welche nahe daran war, weite Kreise ihrer treuesten und überzeugtesten Anhänger an dem unbeugsamen Entschluß ihrer militärischen Reformation überhaupt irre werden zu lassen. Den Wünschen dieser letzteren wäre zweifellos damit gebient worden, wenn die Regierung den entscheidendsten Moment schon in einem früheren Stadium der Angelegenheit herbeigeführt hätte, damals schon, als man instinctiv zu fühlen begann, mit dieser Reichstagsvorlage zu keiner Verständigung für die militärischen Nothwendigkeiten der Gegenwart zu gelangen sein. Die Regierung Sr. Maj. hat geglaubt, alle Mittel erschöpfen zu sollen. Sie hat offenbar nicht gewollt, in einem späteren Entwicklungsstadium auch nur mit einem Schein Rechtsens beizutreten zu werden, daß sie irgend etwas versäumt habe, was den widerstrebenden Elementen des Reichstages noch in legier Stunde hätte den Blick schärfen können. So zog sie es vor, obgleich ihr eigener ursprünglicher Entwurf schon auf das Engepasseste zugeschnitten war, ihre Ziele noch weiter zu beschneiden, bis auf ein Maß, hinter welches unbedingt nicht mehr zurückgegangen werden durfte, wenn aus der Militärvorlage sich nicht statt einer Förderung eine directe Schädigung unserer nationalen Wehrleistungen und damit eine schwere Gefahr für die Sicherheit unserer Grenzen, für den Frieden unseres Vaterlandes ergeben sollte. Dieses Mindermaß stellt den Antrag Huene dar.“

(Aus der Centrumpartei.) Freiherr v. Huene ist, der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge, aus dem Vorstand der Centrumsfraction ausgeschieden, nachdem in der Fraktionsung die Stellungnahme des Wahlaufsatz zur Militärfrage festgesetzt worden war. Auch Dr. Porzich ist aus dem Vorstand der Centrumpartei ausgeschieden. Nach der „Germania“ haben von den schlesischen Centrumsabgeordneten 7 für und 7 gegen den Antrag gestimmt, während Herr v. Schalscha fehlte.

(Zur Spaltung in der freisinnigen Partei.) Von dem Abgeordneten Dr. Alexander Meyer geht der „Westf. Zig.“ folgende Erklärung zu: „Geheuer Herr Redacteur! Ich ersuche Sie, mir in Ihrem Blatte so viel Raum zu gewähren, als für eine Erklärung notwendig ist, die in diesem Augenblick von mir gefordert werden muß. Ich habe mich bei der Abstimmung über die Militärvorlage von der freisinnigen Partei getrennt, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Verstärkung der Armee unter Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch politische und militärische Rücksichten gebieterisch gefordert wird. Diese Ueberzeugung habe ich entnommen aus den Erklärungen, die von der Regierung im Laufe der Commissionsverhandlungen abgegeben und im Commissionsbericht niedergelegt sind. Diese Erklärungen sprechen sich über die Lage mit der gebotenen Vorsicht, aber auch mit der nicht minder gebotenen Deutlichkeit aus, und ich habe mich ihrem Eindruck nicht entziehen können. Ich bin außer Stande, meine Ueberzeugung auf Andere zu übertragen, aber Niemand ist im Stande, sie mir zu rauben. Nachdem ich die Meinung gewonnen hatte, daß die Sicherheit des Reiches die Zustimmung zu der Vorlage gefordert, konnten mich Erwägungen, die von andern Gesichtspunkten ausgingen, in meiner Entscheidung nicht irren machen. Auf Angriffe, die aus diesem Anlaß gegen mich gerichtet werden, beabsichtige ich einzuweichen nichts zu erwidern. Dr. Alexander Meyer.“

(Ahlwardt.) der jetzt zur Disposition gestellte Rektor, ist durch die Auflösung des Reichstages der Immunität entsetzt worden, die ihn bisher in dem gegen ihn schwebenden Prozesse wegen seiner Klimentendrohschüre schützte. Bekanntlich hat Ahlwardt Revision beim Reichsgericht gegen seine Verurteilung

zu Gefängnis eingelegt. Das Reichsgericht ist nunmehr in der Lage, in dieser Sache zu entscheiden. Wie von einem Telegraphenbureau gemeldet wird, ist Ahlwardt nach Schluß der Sonnabendung unverzüglich in Haft genommen worden. — Ahlwardt hat übrigens am letzten Freitag vor den Antisemiten in Sieglitz noch eine Vorlesung gegeben, in der er seine im Reichstage widerlegten Beschuldigungen betreffs der rumänischen Eisenbahn wiederholte. Diesmal beziichtigte er auch den Herzog von Ratibor und Grafen Lehndorff, ihre Namen um materieller Vortheile willen zu dieser Gräueltat hergegeben zu haben. Während einer Pause in der Rede begab sich, so berichtet ein antisemitischer Berichterstatter, an den Tisch der Zeitungsberichterstatter ein Major a. D. Rudorff und hat einen Berichterstatter um genaue Mittheilung der Ahlwardtschen Äußerungen betreffs des Grafen Lehndorff, um sie diesen berichtigen zu können. Dies war Herrn Ahlwardt sofort hinterbracht worden und hatte zur Folge, das derselbe bei Wiederaufnahme seiner Rede der Versammlung hiervon mit dem Bemerken Kenntniß gab, er wolle sich nunmehr auf die Erwähnung von Thatfachen beschränken, da sonst vielleicht eine Handhabe gegen ihn konstruirt werde, um ihn während des Bekämpfunges lahm zu legen. Im Laufe der Versammlung wurde Ahlwardt von Major a. D. Rudorff interpellirt wegen seines von der „Freis. Zig.“ in die Öffentlichkeit gebrachten Briefes an Herrn Krohn, in welchem Ahlwardt 1885 den Antisemitismus verdammt. Ahlwardt erklärte wunderbarer Weise noch jetzt auf demselben Standpunkte zu stehen, und das Jubelstimm nicht des Glaubens, sondern seiner sozialen Gefahr wegen zu verdammen. Bekanntlich aber hatte er in den Briefen den Antisemitismus schlechthin verurtheilt.

(Colonialpolitik.) Ueber die Entdeckung großer Kupferlager nördlich von Dami (Damaraland in Deutsch-Südwestafrika) sind weitere Einzelheiten von den Beamten der britischen Süd-West-Afrika-Gesellschaft eingetroffen. Danach ist es das schönste Metallager, das man sich vorstellen kann; es ist zwischen 500 und 600 Fuß lang, 40 Fuß tief und zwischen 20 und 30 Fuß breit. Das Gebiet ist reich an Kupfer mit silberhaltigen Bleierzen.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 8. Mai.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute das Ergänzungsgesetz mit 215 gegen 20 Stimmen (Freisinnige, v. Epnern und Friedberg, Staatsminister a. D. Herffelt, Feh. v. Carlstein) entgegengenommen. Die dritte Beratung des Communalsteuergesetzes gelangte bis § 38. Der Beschluß zweiter Lesung, wonach die bestehenden Wirthschaftskammern bis zum 1. April 1900 aufgehoben werden müssen, wurde mit 7 Stimmen Mehrheit rückgängig gemacht. Die in Berlin, Frankfurt a/M., Halle und Leipzig bestehenden Wirthschaftskammern können demnach in dem jetzigen Umfange aufrecht erhalten werden. Fortf. morgen.

Die freisinnige Landtagsfraction wird in ihrem Bestande bis zum Ablauf dieser Session ungetrennt bleiben. Weitere Beschlüsse bleiben vorbehalten bis nach den Neuwahlen, welche infolge Ablaufs der Legislaturperiode im October stattfinden müssen. Von den freisinnigen Landtagsabgeordneten haben folgende ihren Beitritt zur freisinnigen Volkspartei erklärt: Funt, Halberstadt, Hugo Hermes, Otto Hermes, Ansdrt, Kollisch, Langerhans, Lerche, Mundel, Neufisch, Papendick, Partfuss, Eugen Richter, Schenk, Schmidt, Schmaieder, Traeger, Virchow. Mehrere Abgeordnete der Partei sind von Berlin abwesend.

Zu den Reichstagswahlen.

* Die Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl ist durch den Minister des Innern für den 13. Mai festgesetzt worden.

* Die Festlegung des Wahltages durch kaiserliche Verordnung im „Reichsanzeiger“ auf den 15. Juni hat die rechtliche Folge, daß von jetzt ab bis zum Wahltag die gewerbmäßige oder nicht gewerbmäßige Vertheilung von Flugblättern, Stimmzetteln und anderen Druckschriften zu Wahlzwecken aus Straßen, Plätzen und öffentlichen Orten einer polizeilichen Genehmigung nicht mehr bedarf. Die betreffende Bestimmung in § 43 der Gewerbeordnung lautet wörtlich, wie folgt:

Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit vor der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich.

Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

* Die Auflösung des Reichstages ist genau am demselben Kalendertage erfolgt, am 6. Mai, an welchem der neugewählte Reichstag vor drei Jahren eröffnet wurde. Die Legislaturperiode hat also den

Zeitraum von drei Jahren kaum überschritten. Der erste Versuch mit der seit 1888 eingeführten fünfjährigen Legislaturperiode hat also thatsächlich keinen Erfolg gehabt.

* Die aus den Herren Damberger, Richter, Barth, Hugo Hermes, Schrader und Otto Hermes bestehende Commission, die von der freisinnigen Fraction am Sonnabend Abend zu dem Zwecke gewählt war, um die friedliche Trennung der Fraction durch freundschaftliche Vereinbarungen zur Ausführung zu bringen, ist Montag Vormittags zusammengetreten und hat sich nahezu über alle in Betracht kommenden Punkte geeinigt. Die Commission erklärt sich auch bereit, auf Anrufen beider Theile in Candidaturfragen eine Vermittelung zu übernehmen.

* Die Reichspartei ist bereits mit einem Wahlaufsatz hervorgetreten, der sich eingehend mit der Militärvorlage beschäftigt und dann zur Erleichterung der dem deutschen Volke durch dieselbe zugemuteten Opfer — das Festhalten an der Wirthschaftspolitik des Fürken Bismarck, d. h. die Ausbattung der Waffen durch Getreidezölle, Liebesgaben für die Brantweinbrenner u. s. m. verlangt. Ob das Ziel durch die Wahl von Anhängern der Reichspartei erreicht wird, erklärt der Aufsatz ausdrücklich für Nebenfrage. Bescheidener und zugleich anspruchsvoller kann man wohl nicht sein.

* Der Wahlaufsatz der sozialdemokratischen Partei mit den Unterschriften der bisherigen Abgeordneten ist bereits erschienen. Es heißt unter anderem: Ernst wird der Kampf sein, den durchzukämpfen wir Alle am Donnerstag, den 15. Juni beabsichtigen sind. Nicht um die Militärvorlage allein wird es sich handeln, sondern — darüber müssen wir und klar sein — die Grundrechte des Volkes, vor allem das allgemeine Wahlrecht sind in Gefahr.

* Am Sonntag (7. Mai) hat in Wittenberg (Wahlkreis Schweinitz-Wittenberg) eine allgemeine Wählerversammlung stattgefunden. Der bisherige Reichstagsabgeordnete des Kreises, Dr. Dohrn, erstattete den Bericht über die Session und Dr. Barth, gleichfalls bisher Abgeordneter, erörterte die allgemeine politische Lage. Der größte Saal der Stadt war überfüllt; gegen tausend Personen waren wohl anwesend und auch die anstehenden Galerien waren dicht gefüllt. Dr. Dohrn erörterte vor allem seine Stellung zur Militärvorlage. Er erklärte, daß es geneigt gewesen wäre, den Antrag Huene anzunehmen, vorausgesetzt, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgesetzt worden wäre. Für die Zukunft müsse er sich volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten; sollte der Kreis ihn wieder wählen wollen, so müßten seine Wähler das Vertrauen zu ihm haben, daß er nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse einen Weg wählen würde, den die Sicherheit des Vaterlandes und die geringste Belastung des Volkes verbürge. In diesem Punkt, der mit dem freisinnigen Programm gar nichts zu thun habe, trenne er sich von einigen seiner politischen Freunde; im Uebrigen aber stehe er unerschütterlich auf dem alten und bewährten freisinnigen Programm. Nachdem der lebhafteste Beifall erlangt war, ergriff Dr. Barth das Wort zu scharfer Charakterisirung der freisinnigen Gegner, des reactionären Junkerthums, das mit allen Kräften bekämpft werden müsse. Zu diesem Zwecke sei jeder Hader unter den Freisinnigen streng zu meiden und was er thun könne, um das Ziel zu erreichen, werde er thun und er hoffe, daß er hierbei auf allen Seiten Unterstützung finden werde. Auch diese Worte fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Darauf brachte der Vorsitzende eine Resolution zur Abstimmung, die in Uebereinstimmung mit den freisinnigen Vertrauensmännern des Kreises aufgesetzt, Dr. Dohrn für seine politische Thätigkeit, sich mit seiner Haltung im Parlamente einverstanden erklärt und ihn von Neuem zum freisinnigen Candidaten des Wahlkreises proclamt. Diese Resolution wurde mit allen gegen sechs konservativ Stimmen angenommen und darauf die glänzende Verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf Dr. Dohrn geschlossen.

* In Arnswalde-Friedeberg wird gegen Ahlwardt der Regierungspräsident in Frankfurt a/M., v. Puttkamer, aufgestellt werden. Diese Aufstellung bedeutet ein Entgegenkommen gegen den Antisemitismus, da Herr v. Puttkamer Anfang der achtziger Jahre als Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin antisemitischer Agitation sich hervorthat. — Ahlwardt und Liebermann v. Sonnenberg sollen, wie ein Berliner Localberichterstatter mittheilt, von den Antisemiten in Berlin als Kandidaten aufgestellt werden, und zwar Ahlwardt im 4., Liebermann v. Sonnenberg im 5. Berliner Wahlkreise. — Ein würdiges Biederpaar. Als Dritter im Bunde gestellt sich dazu der Professor Ahlwardts, Baron v. Langen, den, wie die „Staatsb. Zig.“ veründert, der deutsche soziale antisemitische Verein „Centrum“ im ersten Berliner Reichstagswahlkreis als Candidaten aufgestellt hat.

Fertige Damen-Blousen

in reintwoll. Sommerflanell, engl. Flanell, Satin, Cretonne und Barchent — nur hochmoderne gut sitzende Facons — offerirt zu bekannt billigsten Preisen

Fritz Roenneke.

Stachelbeerkuchen,
Mohn-, Maltz- und Kaffeekekchen
empfehlht
P. Weber,
Georgstraße 4.

Tinzer Flaschenbiere,
Bienenbräu 24 Hl. M. 3,
Lagerbier 30 Hl. M. 3,
empfehlht frei Haus
R. Ziesche, Köpmarkt 10.

Bei Appetitlosigkeit, Magenweh u.
schlechtem Magen
nehme die bewährten
Kayser's
Pfeffermünz-Caramellen,
welche große Dienste leisten u. sicheren Er-
folg haben. Zu haben in den alleinigen Nieder-
lagen der Bad. a. 25 Pf. bei **Otto Glasse,**
Schmalestr. und **W. Zänger, Zeumarkt.**

Hochf. Tafel-Butter,
täglich frisch, 8 Pfd. netto Inhalt, versehen
franco geg. Nachn. für 7 Mark 90 Pf. regeln.
Bedien. **Frau Minna Guttmann,**
(H. 11906 b.) **Eplitzer b. Zilit.**

Frischen Schellfisch,
lebende große Oder-Krebse,
frische Wursteln,
frischen Waldmeister
empfehlht
C. L. Zimmermann

Germanische Tischdindlung.
Frisch auf Eis
Schellfisch, Cablian,
Schollen.
Verschiedene Mäntel-
waren, Conserve, Süßküche, neue
Matjes Feringe, neue Malta Kartoffeln.
empfehlht
W. Krämer.

Himmelfahrt.
Wegen der Sonntagruhe von 8—9 Uhr
ff. Speckkuchen.
M. Jorcke, Burgstr. 10.

Omnibusfahrt nach Lauchstädt
zum Jahrmarkt Freitag den 12. Mai.
Abfahr: morgens 6 Uhr von der Pflanz-
straße aus.
K. Ebeling.

Zunfenburg.
Donnerstag den 11. Mai (Himmelfahrt),
Nachmittag 3 1/2 Uhr.
groses Gartenconcert,
gegeben von hiesiger Stadtkapelle.
Entrée 25 Pf. **J. Krumbholz,**
Stadtmauldirektor.

Casino-Garten.
Donnerstag den 11. Mai (Himmelfahrt),
von nachmittags 4 Uhr ab,
großes Militär-Concert,
gegeben vom Musikcorps der Königl.
Unteroffizierschule zu Weiskens, unter
persönlicher Leitung seines Kapellmeisters
Herrn Mertens.
Entrée 30 Pf.
Im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann
Moritz, Burgstraße 13, Herrn Kaufmann
Schurig, Oberbreitstraße 4, und im Cigarren-
geschäft des Herrn Meyer, Bahnhofstraße 1,
Billets à 25 Pf.
Bei ungünstiger Witterung findet
das Concert im Saale statt.

Donnerstag den 11. Mai,
am Himmelfahrt,
Alles nach Göhlitzsch!
Schwendler's Restaurant.
Heute Mittwoch Abend von 6 1/2 Uhr ab
Pökelknochen.
Biere ff.

Tiefer Keller.
Morgen Donnerstag (Himmelfahrt), früh 9 Uhr,
Speckkuchen,
wozu ergebenst einladet **H. Kohlhardt.**

Grabdenkmäler
in Granit, Syenit, sowie in allen Marmor-
und Steinarten, werden bei solider Preis-
berechnung, geschmack- und kunstvoll ausgeführt.

Bildhauerei
von
Otto Staudte.
Halle, Saale, Merseburg,
Beesener Str. Globigkauer Str.

Königliches Bad Lauchstädt.
Am Himmelfahrtstag
Nachm.: **Groses Concert.** Anfang 3 1/2 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Karsaal.
Abends BALL.
Sonntag den 14. d. M.
Eröffnung der Bade-Saison.
Max Schwarz, Badere restaurateur.

Knorr's Suppen-
TAFELN zur Herstellung von delikaten schmeckenden Fleischbrü-
suppen. — Nur mit Wasser zuzubereiten.
Ueberall zu haben.
C. H. Knorr, Conservfabrik, Meißelbrunn a. N.

A. Leber,
Schuhmachereimüller,
Neumarkt Nr. 10,
empfehlht sein reichsortirtes
Schuh- und Stiefelwaaren-Lager
in allen Preislagen und solider davor haltener
Ausführung.
Billigste Preise. Prompte Bedienung.

Preßkohlensteine und Brikets
in bester trockener Waare mit vorzüglicher Heizkraft
lieferer ich zu billigstem Sommerpreise prompt jedes
Quantum.
G. Peuschel, Meißelbrunn Straße 6.

Gasthof z. preussischen Adler.
Morgen, zum Himmelfahrtstage,
Anstich von ff. Bobbier ff.
aus G. Berger's Brauerei.
Früh von 9 Uhr ab Speckkuchen.
Nachmittag
großes Stern- u. Scheibenschiefen,
wozu freundlichst einladet **H. Krause.**

Spergau.
Donnerstag den 11. d. M., nachm. 3 Uhr,
groses Gesangs-Concert
des Sängerbundes vereinigte Männer-
Gesangsvereine an der mittleren Saale
im Gasthofs Saal der **Sieler'schen Local.**
Nach dem Concert **BALL.**
Rollschuh-Club.
Heute Abend Übungsstunde.

Kaiser Wilhelm -Halle
Donnerstag d. 11. u. Freitag d. 12. Mai
Humoristische Abende
des hier mit so großem Beifall aufgenommenen
Semada-Ensembles
(Leipzig'er Sänger v. Krystallpalast)
Herrn Semada Böhmer, Liparth,
Klar, Wagner, Körner und Ge-
brüder Bornfeld.
Neues Programm.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Billets à 40 Pf. sind vorher bei Herrn
Meyer, Bahnhofstr., und bei Herrn Bennert,
Heine Mittelstraße, zu haben.
Einige recht gemüthliche Abende versprechend,
ladet zu zahlreichem Besuche ein
hochachtungsvoll **D. Voltz.**

Schöneberg's Restauration.
Mittwoch Abend Salzknochen.

Aufruf
an die Bewohner Merseburgs.
Die unterzeichneten Mitglieder des hiesigen
Versicherungs-Vereins wenden sich auch in
diesem Jahre vertrauensvoll an die Be-
wohner Merseburgs mit der Bitte, die Be-
strebungen des Vereins durch werthfällige Mit-
gliedsbeiträge oder durch Zahlung von Geld-
beiträgen zu unterstützen.
In diesem Jahre hat der Versicherungs-
Verein die Bezahlung eines Stückes ge-
dachter Bundes an der Merseburger Schloße
bereits bewirkt. Die Anlage von Promenaden-
wegen längs des nördlichen Ufers des oberen
Gotthardtsteiches, sowie auf dem Wege von
dem Eisenbahnübergange bei Sierdner's Weg
nach der Hallischen Chaussee ist in Aussicht
genommen.
Die Ausführung der geplanten Anlagen,
sowie die Unterhaltung der übrigen dem Ver-
sicherungs-Verein gebührenden Anlagen er-
fordert vor Allem Geldmittel und ersuchen wir
die Himmelerberechtigten Mitglieder und Theil-
nehmer des Vereins, auch für dieses Jahr die
Beiträge wie früher zu leisten.
Nach dem Ende des hiesigen Ver-
sicherungs-Vereins sind Himmelerberechtigte Mit-
glieder des Vereins alle Personen, welche einen
jährlichen Beitrag von 6 Mark und darüber
zahlen; Theilnehmer des Vereins alle Per-
sonen, welche einen geringeren — bis auf
1 1/2 Mark herabgehenden Beitrag zahlen.
Den Himmelerberechtigten Mitgliedern und
Theilnehmern des Vereins werden nach Zahlung
der Beiträge, soweit es noch nicht geschehen
ist, Mitglieder- und Theilnehmer-Karten zu-
gestellt werden.

Merseburg, den 9. Mai 1893.
Der Vorstand
und die Himmelerberechtigten Mitglieder
des hiesigen Versicherungs-Vereins,
v. Dieh.

Bürger-Verein
für städtische Interessen.
Am Himmelfahrtstage, den 11. Mai 1893,
Besichtigung der städtischen
Wasserwerke.
Hierzu laden wir die Mitglieder unseres
Vereins und deren Angehörige, sowie Nicht-
mitglieder, welche sich für diese Sache interes-
siren, freundlich ein.
Zusammenkunft: Nachmittags 2 1/2 Uhr
am Kaiser Friedrich-Thurm.
Der Vorstand.

Subold's Restauration.
Morgen, zum Himmelfahrtstage, früh
Speckkuchen.

Gesucht
zum 1. Juli d. J. für Küche und Hausarbeit
ein nicht zu junges Mädchen in kleinen Haus-
halt von 2 Personen.
Näheres im Hause **Burgstr. 3** zu erfragen.
Ältere und jüngere Kell-
ner, Hausburschen finden so-
fort Stellung durch
Friedrich Große,
Halle a. S., Augusta-Straße 1.

Einen Schuhmachergefellen
sucht sofort ins Haus
Robert Wolfst., Friedrichstraße 10.
Zum 1. Juni oder 15. Mai sucht ein
arbeitsames Dienstmädchen
F. Erfurth.

Ein ordentliches Mädchen wird zum 1. Juli
gesucht
große Cisterne 13.
Zum 1. Juli wird für Berlin
ein Mädchen bei hohem Lohn ge-
sucht, welches kochen kann und Haus-
arbeit übernimmt.
Zu melden bei
Frau Joh. Schönlucht,
Unterlänberg 56.

5. Mai Gegenwehr!
Gelesen haben wir,
Daß Herrst Du in Aussicht hast;
Daß Jeder sagt Dir wunderbar,
Denn kannst Du mit der vor's Alter geh'n
Denn lieben Freunde merkt Euch
vor Allem:
Trant keinem Nachs auf grüner Weib,
Trant keinem Nachs auf ihrem Leib.
Artig u. Geruun.
Motto: Ein jeder Stand hat seine Vap!
Hierzu eine Belligt

Zu den Reichstagswahlen.

* Der alte offiziöse Unfug der Citirung auswärtiger Blätter, um Stimmung für die Militärvorlage zu machen, wird nach der Auflösung natürlich mit verstärkten Kräften fortgesetzt.

* Im Wahlkreise Breslau - Neumarkt, der bisher durch Frh. v. Huene vertreten war, wird von konservativer Seite beabsichtigt, den Abg. Graf Limburg-Sturum als Candidaten aufzustellen.

Provinz und Umgegend.

R. Halle a. S., 7. Mai. Die für heute angekündigte Maifeier der Sozialdemokraten im Wahlkreise Halle a. S. Stadt- und Saalkreis, bestehend in einem Massenaufluge nach der Dölauer Haide, ist total verregnet.

Halle a. S., 9. Mai. In der gestrigen geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten wurde, wie nicht anders zu erwarten stand, der selbiger Erbe Bürgermeister unserer Stadt, Herr Oberbürgermeister Staube, auf 12 Jahr, vom 1. April 1894 ab, wiedergewählt.

R. Grönitz, 9. Mai. Auf dem Wege von hier nach Croppenicht (Reg.-Bez. Magdeburg) ist ein Handwerksbursche von einem früheren Bekannten, der auf einem Gute in der Nähe in Arbeit steht, erschossen worden.

In Weimar wurde in der Nacht zum Montag der Dughändler Krause auf der Straße todt aufgefunden. Derselbe hatte Verwandte aus Hiltburgshausen zur Bahn gebracht und war auf dem Rückwege nach seiner Wohnung infolge seiner Kurzfristigkeit auf dem Wagvorplatz über das niedrige eiserne Staket des Kaiserdenkmals gestürzt und mit dem Kopfe auf die scharfe Kante der Stieftreue vor dem Denkmal aufgeschlagen.

Das Oberlandesgericht zu Raumburg hat die Verurteilung einer großen Zahl Erfurter Impfsgegner, die von dem Landgerichte Erfurt wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Impfpflicht mit Geldstrafen verurteilt waren, verworfen.

Das Amtsgericht zu Raumburg hat die Verurteilung einer großen Zahl Erfurter Impfsgegner, die von dem Landgerichte Erfurt wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Impfpflicht mit Geldstrafen verurteilt waren, verworfen.

Leipzig, 8. Mai. Die Briefträger und Gläubiger der Privatpostanstalt „Courier“

hielten gestern Nachmittag im „Dresdner Hof“ eine Versammlung ab, die von etwa 130 Personen besucht sein mochte. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde beschlossen, das Unternehmen weiter zu führen und zu diesem Behufe eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu begründen.

† Zeitz, 8. Mai. In den nächsten Tagen tritt für unsere Stadt ein neues Orts-Statut, das Schlachten betreffend, in Kraft. Nach demselben darf innerhalb des Gemeindebezirks der Stadt Zeitz das Schlachten von Rindvieh und Pferden, von Schweinen, Kälbern, Schafen und Ziegen, und zwar das gewerbmäßige wie das nicht gewerbmäßige nur im öffentlichen städtischen Schlachthause ausgeführt werden.

† Langensalza, 8. Mai. Das Thüring. Lanzen-Regiment Nr. 6, dessen Stab, 1., 2. und 3. Escadron in Wühlhausen, die 4. und 5. Escadron hier in Langensalza in Garnison stehen, wird im Herbst nach Hagenau verlegt werden.

† Müdenberg, 6. Mai. Gestern Abend brühte von der im Bau begriffenen Brikettfabrik in der Nähe ein Theil des Mauerwerks ein. Glücklicherweise sind Menschen dabei nicht zu Schaden gekommen, da die Arbeiter kurz vorher den Bau verlassen hatten.

Localnachrichten.

Merseburg, den 10. Mai 1893.

** Einer Reihe von Directoren an Nichtvollanstalten und Professoren an höheren Unterrichtsanstalten ist der Rang der Räte vierter Klasse verliehen worden, darunter ten hiesigen Herren Prof. Dr. Witte, Prof. Dr. Müller und Prof. Dr. Scheibe.

** Der Verband deutscher Priesterbienliebhaber-Vereine hat für das Abschließen und Fängen von Wandlerfalken, Hühnerhabichten und Sperberweidchen 1000 Mk. als Prämie ausgesetzt. Die Prämie gelangt Anfang December d. J. nach dem Verhältniß der eingelieferten Fänge zur Verteilung. Zur Erhebung eines Antrages an diesem Prämiengebe müssen die „Fänge“ eines Raubvogels (nicht der ganze Raubvogel) bis spätestens Ende November d. J. dem Verbands-Geschäftsführer J. Hoerter zu Hannover franco eingekandt werden.

** Die kgl. Regierung hierselbst bringt in der neuesten Nummer des „Amtlichen Schulblattes“ für den Regierungsbezirk Merseburg zur allgemeinen Kenntnissnahme der Schulanfängerbeamteten und Lehrer ihres Bezirks, daß der Herr Minister der Unterrichts-Angelegenheiten im Erlaße vom 18. April d. J. erklärt hat, daß nach den angestellten Versuchen und erstatteten Gutachten zur Zeit von Anordnung oder Genehmigung der sogen. Steilschrift in den Volksschulen u. Abhand genommen wird.

** Der amtliche Katalog der Ausstellung des Deutschen Reiches für die Columbiische Ausstellung in Chicago ist soeben im Verlage von J. Springer, Berlin, erschienen. Die von der Reichsdruckerei bjosorgte Ausstattung ist eine musterzügige zu nennen. Hervorgehoben seien auch die von Fachmännern geschriebenen Einleitungsartikel über die verschiedenen Gewerbe und Industriezweige. Auch für diejenigen, welche die Ausstellung nicht besuchen können, bildet das staatliche Buch, das nur 3 Mk. kostet, eine sehr belehrende Lektüre.

** Vom Publikum wird an die Postanstalten oder Briefträger häufig das Verlangen gestellt, die Poststempel im Falle der Abwesenheit des Empfängers an Familienmitglieder nicht abzugeben, sondern unter Umständen mehrere Tage bis zum Antreffen des Empfängers aufzubewahren. Diesem Wunsche ist gemäß einer Entscheidung der Postverwaltung nicht zu entsprechen. Zur Erreichung des genannten Zweckes kann der betr. Empfänger nur eine Abholungs-Erklärung niederlegen, hat aber alle Postsendungen selbst abzuholen. Dagegen kann verlangt werden, daß der betreffende Bote die Postsendungen dem Empfänger in das Dienstlocal, in die Arbeitsstube u. bringt, aber dann auch regelmäßig. Daß der Bote die Sendungen noch in die Privatwohnung bringen soll, wenn er den Empfänger im Dienstlocal u. nicht getroffen hat, kann nicht beansprucht werden.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 8. Mai 1893. Der Vorsitzende, Stadt. Prof. Dr. Witte, eröffnet die Verhandlungen mit folgenden Mittheilungen: 1) Vom Magistrat ist der Kassengehälft August Kranz mit einer Probebestimmzeit von 6 Monaten und 1000 Mk. jährlichem Gehalt bei der Stadtverwaltung angestellt worden. 2) Der Stadtverordneten-Versammlung sind vom Magistrat die Akten über den hier projectirten Bahnhofsverweiterungs-Bau und die betr. Verhandlungen mit den Vertretern des Eisenbahnbüreaus u. zugegangen, bei denen sich auch ein Schreiben des königl. Regierungspräsidenten hieselbst befindet, worin derselbe im landbesitzlichen Interesse gegen die Beibehaltung der Bahnübergänge im Zuge der Halle'schen Straße und des Rothenbrückenrain's Einpruch erhebt und gleichzeitig den Ausbau der Luisenstraße und deren entsprechende Verbindung mit der Halle'schen Straße bereit erklärt, in den Pachcontract über die Klammien einzutreten. 4) Unterm 18. April d. J. ist ein Schreiben des Kreis-Feuer-Soz. Inspectors Wolf hier eingelaufen, in welchem derselbe eine Tiefverlegung von Wasserleitungen röhren beantragt. Dasselbe wird zur geschäftsmäßigen Erlebigung der Wahlcommission überwiesen.

1) Wahl eines unbefehlerten Stadtrath. Abgegeben werden 22 Stimmpetel, die sämmtlich den Namen Jechender enthalten. Derselbe ist damit einstimmig auf weitere 6 Jahre wiedergewählt.

2) Stadt. Rindfleisch beantragt die Entlassung der Rechnung der Armen-Cassa für 1890/91.

3) Statv. Schulze die Entlassung der Gassanfall-Cassa für 1891/92. Die Versammlung ertheilt ansfandlos ihre Genehmigung.

4) Ref. Stadt. Schwenkler unterbreitet der Versammlung einen Gegenstand, der bereits im October v. J. zur Besprechung gelangte. Eine damalige Magistratsvorlage beantragte, an Stelle der jetzigen ersten Bürgerschule eine gehobene Schule einzurichten. Die königl. Regierung hatte im Prinzip gegen eine solche Umwandlung nichts einzuwenden und forderte zunächst die Vorlegung eines Lehr-, Besoldungs- und Penfionsplans für die gehobene Schule. Mit der Ausarbeitung dieser Vorlagen wurde von der Versammlung eine gemischte Commission beauftragt, die jetzt einen umfangreichen Bericht über ihre Thätigkeit und gleichzeitig die betr. Vorlagen eingereicht hat. Seitens des Magistrats haben die Commissionsvorschläge volle Zustimmung gefunden und sind dieselben nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung zugegangen. Der Referent hält das, was die Commission vorschlägt, für das Zweckmäßigste, was für die Stadt geschaffen werden kann. Es wird damit der Möglichkeit vorgebeugt, daß unsere jetzige Bürgerschule auf das Niveau der Volksschulen herabfällt, während für die zweiten hiesigen Bürgerschulen das Prinzip der Unterstufenheit zur vollen Durchführung gelangt. Die Commission hat auch die Errichtung einer Mittelschule erwogen, jedoch das Bedürfnis für eine solche mit Rücksicht auf das hier bestehende Gymnasium verneint. Andererseits hat sich ergeben, daß die Einrichtung einer gehobenen Schule sehr leicht und schnell durchzuführen ist, da der Lehrplan unserer ersten Bürgerschule schon jetzt dem der Mittelschulen (mit Ausschluß der fremden Sprachen) vollständig entspricht und die Ausschichtsbehörden einer solchen ihre Anerkennung nicht verweigern werden. Was nun zunächst den Lehr- und Organisationsplan der gehobenen Schule betrifft, so weicht derselbe von dem unserer jetzigen ersten Bürgerschule in keiner Richtung ab. Bei dem Besoldungsplan ist (mit Ausschluß des Rectors, der Turnlehrer und der Handarbeitslehrerinnen) leitender Grundlag gewesen, daß eine Erhöhung der jetzigen Gehaltsescala nicht erforderlich ist; deshalb ist auch das Anfangsgehalt unverändert geblieben. Gleichwohl ist nicht übersehen worden, eine völlige Gleichstellung der Lehrer der gehobenen Schule mit denen der Volksschule auszu-schließen. Es hat sich dies als notwendig erwiesen, weil die Lehrer der gehobenen Schule communalsteuerpflichtig sind. Mit Rücksicht darauf soll bei diesen die erste Zulage von 100 Mk. (bei den Lehrerinnen von 50 Mk.) nicht erst nach 5, sondern schon nach 2 Jahren eintreten. Die weiteren Zulagen erfolgen in denselben Zeiträumen wie bisher; das Höchstgehalt der Lehrer ist auf 2300 Mk. (für die Volksschulen auf 2200 Mk.), das der Lehrerinnen auf 1650 Mk. (an den Volksschulen 1600 Mk.) festgesetzt. Auswärtige Dienstzeit soll bis zu 5 Jahren in Anrechnung kommen. Neben diesen Normalgehältern soll Mittelschullehrern eine besondere Zulage von 200 Mk. gewährt werden. Dem Magistrat verbleibt wie bisher das Recht, die Lehrer nach Anhörung der Schul-

Merseburger Correspondent.

Erstausg.:
Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Gesetzliche Pforte: Delgrabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herkunftsbringer. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 92.

Mittwoch den 10. Mai.

1893.

Die Spaltung der deutschfreisinnigen Fraktion.

Die unmittelbare Ursache der am Sonnabend erfolgten Spaltung ist viel weniger in einer verschiedenartigen Auffassung der Militärvorlage zu suchen, als in einer verschiedenartigen Auffassung über das Maas von Freiheit, welches dem einzelnen Fraktionsmitglied in Fragen eingeräumt ist, die mit dem Parteiprogramm nichts zu thun haben und freisinnige Grundsätze nicht direkt betreffen. Wie hoch die Friedenspräferenzstärke der Ausrufe zu bemessen ist, darüber können die Meinungen zweier Politiker, die durch und durch freisinnig sind, sehr wohl auseinandergehen. Auch in den Reihen der 22 Fraktionsmitglieder, die von 27 anderen Mitgliedern verlangten Ausschluß der bei der Abstimmung über den Antrag Huene dissentirenden 6 Kollegen abgelehnt haben, bestand über diese Quantitätsfrage keine festgelegte Meinung, die sich mit der Anschauung jener 6 Herren deckte. Vielmehr gab es unter den 22 eine nicht geringe Anzahl, die den Huene'schen Vorschlag selbst dann für unannehmbar erachtete, wenn die zweiwöchige Dienstzeit ohne Zeitbeschränkung gesetzlich festgelegt wäre. Ein anderer Theil wiederum hätte in legitem Falle dem Huene'schen Compromiß betreffs der Heeresvermehrung zugestimmt, um eine Auflösung zu vermeiden, die nach Lage der Dinge einer gefunden politischen Entwicklung jedenfalls nachtheilig sein muß. Diese Verschiedenartigkeit der Beurtheilung wird die neue freisinnige Gruppe nicht hindern, in der Frage der Heeresvermehrung einen klaren Standpunkt gegenüber den Wählern einzunehmen. Dieser Standpunkt kann nur der sein: Wir lehnen es ab, im Voraus genau die Grenze zu bezeichnen, bis wohin wir bei unseiner Bewilligungen gehen werden. Wer uns wankelt, muß und auch das Vertrauen schenken, daß wir bei einer Quantitätsfrage, die nur im Rahmen der gesammten politischen und internationalen Lage, nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Vorfrage über die Art der Deckung und endlich mit Rücksicht auf die größere oder geringere Siderung der zweiwöchigen Dienstzeit rationell beantwortet werden kann, diejenigen Entschlüsse fassen werden, die im gegebenen Moment von einem gesonnenen freisinnigen Politiker verantwortet werden können. Von diesem Standpunkt aus erscheint es ebenso ungerechtfertigt, sich auf die Kritik Innehaltung der gegenwärtigen Friedenspräferenzstärke zu verpflichten, wie auf den Antrag Huene oder auf etwas Drittes. Jede Formel, die in solchen Quantitätsfragen die Freiheit der Einschließung auf Jahre hinaus festlegen will, ist vom Uebel. Wer zu einem Candidaten das Vertrauen hat, daß er in allen politischen Prinzipienfragen sein Mandat in freisinnigem Geiste ausüben wird, der muß auch das Vertrauen auf jenes andere Gebiet ausdehnen.

Vorkläufig — bis zur endgültigen Constatuirung nach den Reichstagswahlen — nimmt der eine Theil der bisherigen freisinnigen Partei (Bamberger und Gen.) den Namen „Freisinnige Vereinigung“, der andere Theil den Namen „Freisinnige Volkspartei“ an. Der Name „Freisinnige Vereinigung“ enthält zugleich eine historische Anknüpfung an die „Liberalen Vereinigung“ aus der Zeit von 1880—1884. Ob die von der früheren Fortschrittspartei gewählte Bezeichnung „Freisinnige Volkspartei“ der erste Schritt zu einer Verschmelzung mit der liberalen Volkspartei (demokratische Partei) bedeutet, bleibt abzuwarten. In diesem Falle würde allerdings eine erhebliche Umgestaltung des deutschen freisinnigen Programms von 1884 unvermeidlich sein.

Zu den letzten Verhandlungen über die Militärvorlage.

Obgleich die unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags stattgehabten Compromißverhandlungen nur noch historischen Werth haben, sieht sich



von xrite eingetragene Marke

Politische Uebersicht.

In der böhmischen Landtage wies am Sonnabend der österreichische Statthalter sehr energisch einige auf die künftige Haltung der Jungtschechen bezügliche Drohungen des Jungtschechen Janus zurück. Die ganze böhmische Gesellschaft beweist, daß die Bevölkerung Böhmens treu und loyal an der Monarchie hänge und den Monarchen ergeben sei. (Lebhafter Beifall.) Der Weg, welchen die Jungtschechen betreten, führe das Volk in große Conflicte, von deren Umfang sie selbst keine Ahnung hätten. Das Volk werde ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Die Jungtschechen kämpfen gegen alle Parteien und bekämpften die einer anderen Nation angehörenden Brüder unter Berufung darauf, daß sie die primäre Bevölkerung Böhmens wären. Sie wollten daraus einen Vorwand ihrer Ansprüche in Böhmen herleiten, doch handle es sich nicht darum, wer früher hier war, sondern darum, daß beide Völker hier im Lande seien und neben und miteinander leben sollen. Die Jungtschechen seien überall isolirt. (Lebhafter Beifall.)

Eine Auflösung der französischen Kammer scheint jetzt in der That im Werke zu sein. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen einige Deputirte einen Antrag auf Auflösung der Kammer einzubringen. Der Plan soll von dem Ministerium selbst ausgehen, und besonders Carnot soll ihm zustimmen. Die Neuwahlen sind für Mitte Juni in Aussicht genommen. Wahrscheinlich soll sein die Besorgniß, daß im Falle eines Kabinetsturzes Confians der einzig mögliche Ministerpräsident sei. Man wolle im Eifer eine solche Conventualität durch Auflösung der Kammer vermeiden. — Im französischen Budget für 1894 übersteigen nach dem Vorschlage die Ausgaben die Einnahmen um 131 Mill., von denen 77 auf die Steigerung der Zinsgarantie für die Eisenbahnen entfallen. Das Defizit soll zum größten Theile durch Ersparnisse, durch die außerordentlichen Einnahmen und durch eine Umfaltung der Schulaffen und der Kasse der Vizinalbahnen gedeckt werden; es würde alldann noch ein Restbetrag von etwa 10 Millionen verbleiben, dessen Deckung ebenfalls durch Ersparnisse erfolgen soll. Der belgische Kriegsminister Pontus hat

missionirt und an seiner Stelle ist der Generalleutnant Brassine zum Kriegsminister ernannt worden.

Der König von Italien hat dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti aus Anlaß der Kundgebungen zur silbernen Hochzeitfeier des italienischen Königsfolgendes Dankschreiben zugehen lassen: Mein lieber Giolitti! Der 25. Jahrestag meiner Ermählung hat Italien Gelegenheit geboten, meinem Hause eine neue glorreiche Kundgebung der Anhänglichkeit an dasselbe zu geben. Die Königin und ich sind davon auf das Tiefste bewegt; unsere Freude wurde noch gehoben durch den edlen Wettstreit in der Reihen der Wohlthätigkeit, mit welchem das Land sich an unserem Familienfeste betheiligte hat und durch die erfreulichen Ehrenbezeugungen, welche es unseren laudhaften Gästen und den außerordentlichen Gesandten auswärtigen Mächte erwiesen hat, indem es auf diese Weise einen Beweis für die volle Einmüthigkeit der Italiener hinsichtlich des Gefühls für vaterländische Wohlthätigkeit lieferte! Ich wünsche, daß die Nation wisse, daß ich erfreut und stolz bin über alles, was das italienische Volk und seine Regierung in diesen Tagen gethan haben zu dem löblichen Zwecke, die Nation zu ehren. Ich mache Sie zum Dolmetscher einer Gefühle dem Lande und besonders Kompanie, welches sich auf der Höhe seiner Traditionen und seiner neuen Bestimmungen gezeigt hat.

Das norwegische Storting hat am Sonnabend nach zweitägiger Debatte ein Vertrauensvotum für das bisherige Ministerium der Linken, mit 64 gegen 50 Stimmen, und gleichzeitig ein Tabesvotum gegen das neuernannte Ministerium der Rechten, Stang, mit 63 gegen 51 Stimmen angenommen. Die Minorität bei der letzteren Abstimmung bestand aus der Rechten, den Moderaten und einem Mitglied der Linken. Man darf gespannt sein, in welcher Weise das Ministerium nunmehr im Gegenfatz zum Storting die Geschäfte zu führen gedenkt. — Das Storting nahm in seiner Montagssitzung mit 63 gegen 50 Stimmen den von 10 Mitgliedern der Linken eingebrachten Antrag an, als nationale Anerkennung für den Staatsminister Steen einen Ehrenlohn von 6000 Kronen jährlich zu bewilligen.

Zwischen Argentinien und Uruguay wird nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Valparaiso der Ausbruch eines Conflicts befürchtet. Sollte wird im Ernstfalle Kriegsschiffe zur Beobachtung nach der atlantischen Küste entsendet.

In Nicaragua ist nach Meldungen aus Panama eine Revolution ausgebrochen. Expräsident Zavala ist der Führer der Insurgenten und hält die Stadt Granada besetzt.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Gestern Vormittag nahm der Kaiser die regelmäßigen Marinevorträge entgegen. Am Nachmittag hielt der Kaiser im Hofstreich von Ober-Finow eine Büchse auf Rehböck ab. — Der „Kieler Jg.“ zufolge hatte der Kaiser seinen Flügeladjutanten, Kapit. z. S. v. Armin, mit seiner Vertretung bei der gestrigen Vergebung der auf dem Kieler Kriegshafen verunglückten Schiffungen beauftragt und befohlen, einen Kranz am Grabe niederzulegen. — Einer nach Kassel gelangten Mittheilung zufolge werden die kaiserlichen Prinzen am 25. Juni auf Wilhelmshöhe eintreffen.

(Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe) ist Montag Nachmittag 5 Uhr 30 Minuten nach längerer Krankheit verstorben. Der Fürst stand am Ende des 76. Lebensjahres. Sein ältester Sohn Georg steht im Alter von 46 Jahren. Der fünfte Sohn des Fürsten, Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe, ist bekanntlich mit der Schwester des Kaisers, Prinzess Victoria, vermählt.

— Graf Bernhard v. Bismarck, der älteste Bruder des Fürsten Bismarck, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Der Verstorbene hatte 1847 dem